

„WERTE- UND INTERESSENGELEITETE AUSSENPOLITIK MÜSSEN EINANDER ERGÄNZEN.“

Im Wahljahr 2009 befragt die ICT Politikerinnen und Politiker über ihre Haltung zur Tibetfrage. Johannes Pflug (SPD), stellvertretender Vorsitzender des Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag, im Interview.

ICT: Herr Pflug, Sie sind stellvertretender Vorsitzender des Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag – warum ist die Tibet-Frage für Sie wichtig?

Johannes Pflug: Tibet rückt immer wieder in das öffentliche Interesse, wie bei den blutigen Unruhen im Vorfeld der Olympischen Spiele oder den Besuchen des Dalai Lama in Deutschland. Zudem bedrohen die Unruhen in Tibet, wie jeder Konflikt, die regionale und internationale Stabilität. Denn wo Menschenrechte verletzt werden, kommt es zu Flüchtlingsströmen und Gegengewalt. Tibet erhält deshalb zu Recht internationale Aufmerksamkeit. Als deutscher Außenpolitiker, der sich mit Asien beschäftigt, komme ich damit um die Tibetfrage gar nicht herum. Auch ist Tibet für mich ein Gradmesser für den Umgang der chinesischen Führung mit innerstaatlichen und internationalen Konflikten. Sie zeigt, ob die Regierung in Peking bereit ist Gewalt anzuwenden oder aber sich auf diplomatische Mittel und Dialog mit Tibet einlässt. Daher sind Tibet und die sino-tibetischen Beziehungen für mich wichtig, um die chinesische Politik richtig einschätzen zu können.

ICT: Stichwort Autonomie: die Bundesregierung vertritt offiziell die Position, die kulturelle und religiöse Autonomie der Tibeter zu fördern. Welche Rolle kann und soll die deutsche Politik in der Tibet-Frage konkret übernehmen?

Johannes Pflug: Wer die chinesische Politik der letzten 20 Jahre beobachtet hat wird bestätigen müssen, dass Chinas Außen- und Innenpolitik sehr pragmatisch auf Ausgleich und Konfliktvermeidung angelegt ist. Hier sollte auch die deutsche Politik ansetzen und an die Vernunft der chinesischen Führung appellieren. Ich denke, dass den Tibetern am ehesten geholfen wird, wenn wir den Chinesen pragmatische Vorschläge machen ohne eine Wertung vorzunehmen, ähnlich einem Freund, der das Problem mit etwas Abstand betrachtet. Man könnte das kommunistische Regime etwa auf die enge Verflechtung von Politik, Religion und Kultur im alten Tibet hinweisen und darauf, dass Eingriffe in das religiöse Leben wie die Zer-

störung von Klöstern oder der Anspruch auf Mitbestimmung der nächsten Reinkarnation extrem kontraproduktiv sind. Auch sollten wir die chinesische Regierung darauf ansprechen, dass eine schnelle und friedliche Lösung in Tibet in ihrem ureigensten Interesse liegt. Denn Peking kann nicht damit rechnen, dass sich die Tibet-problematik von selbst erledigt, wenn der Dalai Lama stirbt. Im Gegenteil: Wenn der Dalai Lama als moderater und diplomatischer Führer nichts für sein Volk erreichen kann, muss Peking damit rechnen, dass sein Nachfolger und die tibetische Jugend zu radikaleren Mitteln greifen werden.

ICT: Als Vorsitzender der Deutsch-Chinesischen Parlamentariengruppe führen Sie regelmäßig Gespräche mit chinesischen Politikern. Ist Tibet dabei ein Thema? Wie ist Ihr Eindruck aus diesen Gesprächen?

Johannes Pflug: Ich halte es für kontraproduktiv, China zu boykottieren, um in der Tibetfrage Druck auszuüben. Andererseits darf Tibet von der internationalen Gemeinschaft nicht vergessen werden. Ich bringe daher in meinen Gesprächen mit chinesischen Politikern die Tibetfrage und die Menschenrechtssituation immer zur Sprache. Dabei bemerke ich, wie empfindlich die Chinesen bei dem Thema sind und dass sich manche über die Einmischung der westlichen Welt ärgern. Sie betonen, dass die Situation in Tibet stabil ist und dass China viel für wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand in Tibet tut, etwa durch den Bau einer Eisenbahnverbindung. Ich merke, wie sehr sie auf eine gute Außerdarstellung ihres Landes bedacht sind. Denn China möchte seinen politischen Einfluss in der Welt ausbauen und eine moralische Instanz sein. Der Sache der Tibeter kommt das zugute. Denn es lässt das Regime pragmatisch handeln, obwohl das Thema Tibet (wie auch Taiwan) für viele Chinesen ein hochemotionales Thema ist, wie ich immer wieder feststelle. Allerdings machen mir meine chinesischen Gesprächspartner auch immer wieder deutlich, dass für sie die territoriale Einheit Chinas nicht verhandelbar ist. Die Tibeter machen nur ein halbes Prozent der Gesamtbevölkerung aus, leben aber auf

einem Viertel des Staatsgebiets. Dieses wird die chinesische Führung nicht aufgeben.

ICT: Was halten Sie von der politischen Kontroverse um den offiziellen Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Angel Merkel?

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass die deutsche Regierung empfängt und redet, wann, wo und mit wem sie es für richtig hält. Gerade die Chinesen, die so viel Wert auf innenpolitische Souveränität legen, müssten dafür eigentlich Verständnis haben. Wir müssen unsere deutschen, europäischen und westlichen Werte offen vertreten. Hier werde ich auch selbst keine Kompromisse machen.

Das Treffen der Bundeskanzlerin mit dem Dalai Lama, der durch den Empfang im Kanzleramt in den Rang eines Staatsgastes gehoben wurde, war aber von Angela Merkel politisch unklug. Der chinesische Regierungschef Wen Jiabao hatte die Bundeskanzlerin einige Monate vorher in Tibet sehr herzlich und vertrauensvoll empfangen. Zuvor hatte er sich gegen Kritiker in seiner Partei durchgesetzt, die geraten hatten, Merkel erst einmal auf Distanz zu halten. Bei diesem Treffen hat Merkel ihre geplante Begegnung mit dem Dalai Lama nicht angekündigt. Dies führte in Peking zu heftigen Irritationen und einer diplomatischen Krise mit Berlin. Die Chinesen froren zahlreiche offizielle Kontakte ein, darunter das jährliche Symposium im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs. Die Chinesen zu brüskieren bringt also nichts, auch nicht für Tibet. Die Weltgemeinschaft braucht China wenn wir Konflikte lösen und Menschenrechte schützen wollen, denn schließlich ist China Veto-macht im Sicherheitsrat der VN.

ICT: War das Treffen nicht ein wichtiges Zeichen, nachdem sich die Lage in Tibet über Jahre verschlechtert und die chinesische Regierung jede Mahnung des Westens diesbezüglich schlicht ignoriert hatte? Von Pragmatismus gegenüber den Tibetern war in der Vergangenheit nicht viel zu spüren.

Johannes Pflug: Ja, es war wichtig ein Zeichen zu setzen. Dafür dass Deutschland ein souveräner Staat ist, der sich nicht vor-

schreiben lässt, wen er empfängt. Und auch dafür, dass die Bundesregierung Tibet nicht vergessen hat. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Denn das Treffen war eben kein Zeichen für die Verbesserung der Situation der Tibeter, mehr Dialog und Einflussmöglichkeit. Im Gegenteil: Es war eher ein Zeichen der Konfrontation mit China. Und die hat nicht dazu geführt, dass sich die tatsächliche Lage der Tibeter verbessert hat. Die Chinesen haben sich brüskiert gefühlt und die Gesprächskanäle zu uns erstmal geschlossen. Unsere Mahnungen nimmt Peking dadurch nicht ernst. Zeichen zu setzen ist wichtig, aber man muss sorgfältig abwägen, was man damit wirklich erreichen kann.

ICT: Von Helmut Schmidt über Gerhard Schröder bis zu Frank Walter Steinmeier: die SPD hat sich im vergangenen Jahr deutlich negativ oder doch zurückhaltend über die Anliegen der Tibeter geäußert – der Außenminister hat sich 2008 nicht mit dem Dalai Lama treffen wollen. Ist die Tibet-Frage kein SPD-Thema?

Johannes Pflug: Selbstverständlich beschäftigen sich SPD Außen- und Menschenrechtspolitiker mit Tibet, genauso wie die Kollegen anderer Parteien. Wie ich bereits sagte: Ich selber bringe die Tibetfrage immer zur Sprache. Dasselbe gilt für andere engagierte SPD Menschenrechtspolitiker. Ein deutscher Außenminister muss in Peking aber auch wirtschafts- und handelspolitische sowie Sicherheitsinteressen vertreten. Das heißt aber nicht, dass Fragen der Menschenrechte und der tibetischen Autonomie nicht auch zur Sprache kommen. Es geht doch nicht darum, wie viele öffentlichkeitswirksame Fotos mit dem Dalai Lama ein Politiker vorzuweisen hat. Moderne Menschenrechtspolitik kann sich nicht in einmaligen symbolischen Handlungen beschränken. Die wahre Herausforderung für eine konsequente und wirksame Menschenrechtspolitik liegt meiner Meinung nach nicht in einzelnen symbolischen Sympathiebekundungen. Um in Peking ernst genommen zu werden und unseren Einfluss für Tibet und die Menschenrechte geltend machen zu können, müssen wir unsere Interessen konsequent vertreten. Eine werte- und eine interessengeleitete Außenpolitik schließen sich nicht aus, sondern ergänzen einander. Die Lösung der Tibetfrage liegt schließlich im Interesse aller. China sollte den Konflikt schnell und vernünftig lösen, um die landesweite Stabilität und den wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu gefährden.

ICT: Die 2002 verabschiedete Ostasienstrategie der rot-grünen Bundesregierung gab noch den Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Kritiker sagen, de facto bestimmen aber Wirtschaftsinter-

essen die deutsche Chinapolitik. Teilen Sie diese Einschätzung?

Johannes Pflug: Aus der Sicht der Chinesen spielt wirtschaftliche Zusammenarbeit sicherlich die Hauptrolle in den Beziehungen zu Deutschland und Europa. Und natürlich verfolgt auch die Bundesregierung ökonomische Interessen in China. Aber unsere Außenpolitik – wie die jedes Staates – ist nicht nur von den Interessen, sondern auch den Werten unseres Landes bestimmt. In unserer Außen- und Sicherheitspolitik fordern wir deshalb kontinuierlich von unseren Partnern das Völkerrecht zu respektieren, Rechtsstaatlichkeit zu fördern und Menschenrechte einzuhalten. China ist hier keine Ausnahme, trotz seiner wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung. Kernstück der deutsch-chinesischen Beziehungen ist der Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialog. Es gibt einen institutionalisierten Wissenschafts- und Kulturaustausch. Durch die wirtschaftliche Öffnung Chinas und die Ansiedlung westlicher Firmen haben die Menschen dort an persönlichen Freiheiten gewonnen. Richtig ist aber, dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in China weiter verletzt werden. Hier darf Deutschland bei allem Erfolg bei der wirtschaftlichen Kooperation niemals wegschauen.

ICT: Den Europäern ist unlängst vorgeworfen worden, sie hätten keine klare Linie gegenüber China und ließen sich regelmäßig von der chinesischen Regierung diplomatisch „über den Tisch ziehen“. Ist es nicht so, dass China längst mehr Einfluss in Europa nimmt als umgekehrt? Ist es realistisch zu glauben, Peking ließe sich in Sachen Menschenrechten durch die stille Diplomatie allein zum Umdenken bewegen?

Johannes Pflug: China und Europa sind eng miteinander verflochten und brauchen einander. Von einseitiger Einflussnahme kann keine Rede sein. In der Tat ist Chinas wirtschaftlicher und politischer Einfluss in der Welt in den letzten zwanzig Jahren deutlich gewachsen. Auf der anderen Seite nehmen die europäischen Einflüsse auf China seit der Öffnung des Landes immer weiter zu. Europäische und deutsche Unternehmen siedelten sich in China an, junge Chinesen studieren in Europa. Nicht zuletzt durch das Internet verbreiten sich westliche Ideen und Werte. Ich finde es richtig und wichtig, dass die Tibeter und ihr Wunsch nach religiöser und kultureller Selbstbestimmung in der Öffentlichkeit gehört werden. Solange man Meinungsunterschiede unter vier Augen offen und direkt anspricht, halte ich in der Tat rationale Diskussionen und stille Diplomatie gerade bei einem emotional so beladenen Thema wie Tibet für den effektiveren Weg.



Johannes Pflug Foto: www.bundestag.de

ICT: Gerade das Internet ist vor dem Jahrestag des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens wieder massiv zensiert worden – müsste der Westen solche Defizite nicht viel deutlicher ansprechen, wenn sie ihm so wichtig sind - auch um der betroffenen chinesischen Aktivisten Willen? Letztlich handelt es sich um universell gültige Werte, denen China selbst sich verpflichtet hat.

Johannes Pflug: Ich stimme Ihnen absolut zu. In der globalen Informationsgesellschaft bangt die KPCh zu recht um ihren Alleinvertretungsanspruch. Dass Chinas Führung die freie Berichterstattung immer wieder einschränkt, demonstriert ihre Angst vor dem Machtverlust. Zensur ist aber für einen Staat, der politisch und wirtschaftlich eine Großmacht sein will, inakzeptabel und kontraproduktiv. Nur eine Gesellschaft, die kritisches Denken und einen offenen Diskurs zulässt, wird sich langfristig fortentwickeln können. Dies müssen wir gegenüber Peking stets deutlich machen. Ich sage meinen chinesischen Gesprächspartnern immer, dass die Medienzensur der chinesischen Führung mehr schadet, als jede kritische Berichterstattung.

Im Vorfeld der olympischen Spiele traf ich einen hochrangigen chinesischen Funktionär. Ich erzählte ihm, dass CNN am 14. März 2008 neben friedlichen Mönchen und einmarschierenden chinesischen Soldaten auch gewalttätige und randalierende Tibeter gezeigt hatte. Diese Bilder in China zuzulassen hätte das brutale Vorgehen der chinesischen Soldaten nicht relativiert. Doch Transparenz durch unabhängige Berichterstattung zu akzeptieren, wäre der chinesischen Führung trotzdem zu raten. Sie würde dadurch an Glaubwürdigkeit und Ansehen beim eigenen Volk und in der Welt gewinnen.

ICT: Vielen Dank für das Gespräch.